

VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DES PATENTWESEN



PCT

INTERNATIONALER VORLÄUFIGER PRÜFUNGSBERICHT (Artikel 36 und Regel 70 PCT)

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts 2002P06135WO	WEITERES VORGEHEN siehe Mitteilung über die Übersendung des internationalen vorläufigen Prüfungsberichts (Formblatt PCT/PEA/416)	
Internationales Aktenzeichen PCT/DE 03/01877	Internationales Anmeldedatum (Tag/Monat/Jahr) 03.06.2003	Prioritätsdatum (Tag/Monat/Jahr) 12.06.2002
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK H04M3/42		
Anmelder SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT et al.		

<p>1. Dieser internationale vorläufige Prüfungsbericht wurde von der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde erstellt und wird dem Anmelder gemäß Artikel 36 übermittelt.</p> <p>2. Dieser BERICHT umfaßt insgesamt 7 Blätter einschließlich dieses Deckblatts.</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Außerdem liegen dem Bericht ANLAGEN bei; dabei handelt es sich um Blätter mit Beschreibungen, Ansprüchen und/oder Zeichnungen, die geändert wurden und diesem Bericht zugrunde liegen, und/oder Blätter mit vor dieser Behörde vorgenommenen Berichtigungen (siehe Regel 70.16 und Abschnitt 607 der Verwaltungsrichtlinien zum PCT).</p> <p>Diese Anlagen umfassen insgesamt 7 Blätter.</p>

<p>3. Dieser Bericht enthält Angaben zu folgenden Punkten:</p> <p>I <input checked="" type="checkbox"/> Grundlage des Bescheids</p> <p>II <input type="checkbox"/> Priorität</p> <p>III <input type="checkbox"/> Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erfinderische Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit</p> <p>IV <input type="checkbox"/> Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung</p> <p>V <input checked="" type="checkbox"/> Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung</p> <p>VI <input type="checkbox"/> Bestimmte angeführte Unterlagen</p> <p>VII <input type="checkbox"/> Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung</p> <p>VIII <input type="checkbox"/> Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung</p>

Datum der Einreichung des Antrags 23.12.2003	Datum der Fertigstellung dieses Berichts 29.10.2004
Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde  Europäisches Patentamt D-80298 München Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d Fax: +49 89 2399 - 4465	Bevollmächtigter Bediensteter Nash, M Tel. +49 89 2399-2032 

I. Grundlage des Berichts

1. Hinsichtlich der **Bestandteile** der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Berichts als "ursprünglich eingereicht" und sind ihm nicht beigelegt, weil sie keine Änderungen enthalten (Regeln 70.16 und 70.17)*):

Beschreibung, Seiten

1, 3-21 in der ursprünglich eingereichten Fassung
2, 2a eingegangen am 09.06.2004 mit Schreiben vom 09.06.2004

Ansprüche, Nr.

1-21 eingegangen am 09.06.2004 mit Schreiben vom 09.06.2004

Zeichnungen, Blätter

1/3-3/3 in der ursprünglich eingereichten Fassung

2. Hinsichtlich der **Sprache**: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um:

- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
- ☐ die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
- ☐ die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten **Nucleotid- und/oder Aminosäuresequenz** ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- ☐ in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
- ☐ zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
- ☐ bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- ☐ Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
- ☐ Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- ☐ Beschreibung, Seiten:
- ☐ Ansprüche, Nr.:
- ☐ Zeichnungen, Blatt:

5. ☐ Dieser Bericht ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

(Auf Ersatzblätter, die solche Änderungen enthalten, ist unter Punkt 1 hinzuweisen; sie sind diesem Bericht beizufügen.)

6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:

V. Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung

1. Feststellung
- | | |
|--------------------------------|----------------------|
| Neuheit (N) | Ja: Ansprüche 1-21 |
| | Nein: Ansprüche |
| Erfinderische Tätigkeit (IS) | Ja: Ansprüche |
| | Nein: Ansprüche 1-21 |
| Gewerbliche Anwendbarkeit (IA) | Ja: Ansprüche: 1-21 |
| | Nein: Ansprüche: |

2. Unterlagen und Erklärungen:

siehe Beiblatt

Mit Bezug auf Punkt V.

**Begründete Feststellung nach Artikel 35(2) hinsichtlich der Neuheit, der
erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen
und Erläuterungen zur Stützung dieser Feststellung**

I

Die folgenden im Recherchenbericht zitierten Dokumente sind in diesem Bericht
berücksichtigt worden:

- D1: WO 99 45687 A (YABLON JAY R) 10. September 1999 (1999-09-10)
D2: ANONYMOUS: 'H.245: Control Protocol for multimedia communication' ITU-
T RECOMMENDATION H.245, XX, XX, Mai 1999 (1999-05), XP002199601
Gefunden im Internet: <URL:http://www.ihserc.com> [gefunden am 2002-05-
22]

II

1. Der Gegenstand des Anspruchs 1 beruht nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit
im Sinne von Artikel 33(3) PCT.

Das Dokument D1 (siehe insbesondere die Abbildung 16 wie auch Abbildung 3)
offenbart **folgende** Merkmale des Anspruchs 1:

*Verfahren zum identifizieren eines Telekommunikationsteilnehmers mit
folgenden Schritten:*

*Signalisieren eines Rufes von einem zweiten Telekommunikationsgerät
eines zweiten Telekommunikationsteilnehmers zu einem ersten
Telekommunikationsgerät eines ersten Telekommunikationsteilnehmers
(Abbildung 16);*

*Senden von ersten Geräteinformationen von dem ersten zu dem zweiten
Telekommunikationsgerät, die angeben, welche Bestandteile von
Teilnehmerdaten das erste Telekommunikationsgerät von dem zweiten*

Telekommunikationsgerät empfangen kann (Abbildung 16, Step 1 b, g "I'm not equipped for video. Send the rest with an identifying field" d.h. schicke alle Daten außer den Videodaten);

Übertragen von Teilnehmerdaten von dem zweiten zu dem ersten

Telekommunikationsgerät gemäß den Geräteinformationen (Abbildung 16, Step 2).

Der Gegenstand des Anspruchs 1 unterscheidet sich von dieser Offenbarung lediglich dadurch, daß das beanspruchte Verfahren darüber hinaus vorsieht, *welche Bestandteile von Teilnehmerdaten das erste Telekommunikationsgerät von dem zweiten Telekommunikationsgerät empfangen möchte*.

Dieses Merkmal ist jedoch auf dem Gebiet der Übertragungstechnik als allgemein bekannt anzusehen, da es sich lediglich um eine Benutzerkonfigurationseinstellung handelt. Z.B. können Benutzer von Email-Programmen konfigurieren, daß sie nur den Text einer Email herunterladen und eventuell angehängte Anlagen nicht herunterladen, um so Downloadzeit und damit Übertragungskosten zu minimieren. Diese Art von Benutzerkonfiguration wird typischerweise als "User Profile" abgespeichert und wird z.B. in Dokument US2002/0044634 (im Recherchenbericht) benutzt zusammen mit den Merkmalen, die das Endgerät unterstützt, um nur die Daten herunterzuladen, die der Benutzer haben möchte.

Der Fachmann würde daher unter Einsatz dieses Allgemeinwissens zu einem Verfahren gemäß Anspruch 1 kommen.

Daher läßt der Gegenstand des Anspruchs 1 keine erfinderische Tätigkeit erkennen (Artikel 33(1) und (3) PCT).

2. Wie unten erläutert kann der oben gemachte Einwand bezüglich erfinderische Tätigkeit im Sinne von Artikel 33(3) PCT ebenso mit Dokument D2 gemacht werden.

Das Dokument D2 (siehe insbesondere Kapitel 5.2) offenbart **folgende** Merkmale des Anspruchs 1:

Verfahren zum identifizieren eines Telekommunikationsteilnehmers mit folgenden Schritten:

Signalisieren eines Rufes von einem zweiten Telekommunikationsgerät eines zweiten Telekommunikationsteilnehmers zu einem ersten Telekommunikationsgerät eines ersten Telekommunikationsteilnehmers (implizit);

Senden von ersten Geräteinformationen von dem ersten zu dem zweiten Telekommunikationsgerät, die angeben, welche Bestandteile von Teilnehmerdaten das erste Telekommunikationsgerät von dem zweiten Telekommunikationsgerät empfangen kann (Kapitel 5.2 Capability exchange, Absatz 2);

Übertragen von Teilnehmerdaten von dem zweiten zu dem ersten Telekommunikationsgerät gemäß den Geräteinformationen (Kapitel 5.2 Capability exchange, Absatz 4).

Der Gegenstand des Anspruchs 1 unterscheidet sich von dieser Offenbarung lediglich dadurch, daß das beanspruchte Verfahren darüber hinaus vorsieht, *welche Bestandteile von Teilnehmerdaten das erste Telekommunikationsgerät von dem zweiten Telekommunikationsgerät empfangen möchte.*

Dieses Merkmal ist jedoch auf dem Gebiet der Übertragungstechnik als allgemein bekannt anzusehen, da es sich lediglich um eine Benutzerkonfigurationseinstellung handelt. Z.B. können Benutzer von Email Programmen konfigurieren, daß sie nur den Text einer Email herunterladen und eventuell angehängte Anlagen nicht herunterladen, um so Downloadzeit und damit Übertragungskosten zu minimieren. Diese Art von Benutzerkonfiguration wird typischerweise als "User Profile" abgespeichert und wird z.B. in Dokument US2002/0044634 (im Recherchenbericht) benutzt zusammen mit den Merkmalen, die das Endgerät unterstützt, um nur die Daten herunterzuladen, die der Benutzer haben möchte.

Der Fachmann würde daher unter Einsatz dieses Allgemeinwissens zu einem Verfahren gemäß Anspruch 1 kommen.

Daher läßt der Gegenstand des Anspruchs 1 keine erfinderische Tätigkeit erkennen (Artikel 33(1) und (3) PCT).

3. Der Unterschied zwischen Verfahrensanspruch 2 und Verfahrensanspruch 1 besteht dadrin, daß die Geräteinformationen vom zweiten zum ersten Endgerät gesendet werden und dann die Daten entsprechend vom ersten zum zweiten

Endgerät gesendet werden und beim Verfahrensanspruch 1 die Geräteinformationen und Daten genau im umgekehrter Richtung gesendet werden. Diese Richtungsumkehr wird aber in Dokument D1 offenbart, siehe z.B. Figur 3 und Figur 16.

4. Obwohl als Geräteanspruch verfaßt, stellt der Gegenstand des unabhängigen Anspruchs 14 und entsprechend Anspruch 15 lediglich eine Wiederholung des Gegenstandes des Verfahrensanspruches 1 respektive 2 dar. Somit gelten die unter II.V.1 und 2 erhobenen Einwände ebenfalls für den Anspruch 14 sowie 15 (unter Berücksichtigung von Punkt II.V.3).
5. Die zusätzlichen Merkmale der abhängigen Ansprüche 3 bis 13, 16 bis 21 sind entweder direkt aus den oben zitierten Dokumenten ableitbar oder betreffen einfache Ausführungsformen ohne eigenen erfinderischen Charakter.

Diese Ansprüche fügen demgemäß den unabhängigen Ansprüchen von denen sie abhängen keinen erfinderischen Schritt hinzu und erfüllen somit nicht die Erfordernisse des Artikels 33(1) und (3) PCT.

Patentansprüche

1. Verfahren zum Identifizieren eines Telekommunikations-
teilnehmers mit folgenden Schritten:

5

- Signalisieren (Schritt 0) eines Rufs von einem zweiten Telekommunikationsgerät eines zweiten Telekommunikations-
teilnehmers zu einem ersten Telekommunikationsgerät eines
ersten Telekommunikationsteilnehmers;

10

- Senden (Schritt II) von ersten Geräteinformationen (GI1)
von dem ersten (MFG1) zu dem zweiten (MFG2) Telekommuni-
kationsgerät, die angeben, welche Bestandteile von Teil-
nehmerdaten (TD2) des zweiten Telekommunikationsteilneh-
mers das erste Telekommunikationsgerät von dem zweiten
Telekommunikationsgerät empfangen möchte;

15

- Übertragen (Schritt III) von Teilnehmerdaten (TD2) von
dem zweiten (MFG2) zu dem ersten (MFG1) Telekommunikati-
onsgerät gemäß den ersten Geräteinformationen (GI1).

20

2. Verfahren zum Identifizieren eines Telekommunikations-
teilnehmers, mit folgenden Schritten:

25

- Signalisieren (Schritt 0) eines Rufs von einem zweiten Telekommunikationsgerät eines zweiten Telekommunikations-
teilnehmers zu einem ersten Telekommunikationsgerät eines
ersten Telekommunikationsteilnehmers;

30

- Senden (Schritt I) von zweiten Geräteinformationen (GI2)
von dem zweiten (MFG2) zu dem ersten (MFG1) Telekommuni-
kationsgerät, die angeben, welche Bestandteile von Teil-
nehmerdaten (TD1) des ersten Telekommunikationsteilneh-
mers das zweite Telekommunikationsgerät von dem ersten
Telekommunikationsgerät empfangen möchte;

35

- Übertragen (Schritt IV) von Teilnehmerdaten (TD1) von dem ersten (MFG1) zu dem zweiten (MFG2) Telekommunikationsgerät gemäß den zweiten Geräteinformationen (GI2).

- 5 3. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 2,
bei dem die Teilnehmerdaten (TD1, TD2) multimediale Inhalte
umfassen.
4. Verfahren nach Anspruch 3,
10 bei dem die multimedialen Inhalte Text-Daten und/oder Audio-
Daten und/oder Videodaten umfassen.
5. Verfahren nach Anspruch 4,
bei dem die Teilnehmerdaten (TD1, TD2) als Bestandteile Ti-
15 tel, Name, Vorname, Firma, Funktion, E-Mail-Adresse, Anruf-
grund, Sprachinformationen oder Bildinformationen eines Te-
lekommunikationsteilnehmers umfassen.
6. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 5,
20 bei dem das erste (MFG1) und/oder das zweite (MFG2) Telekom-
munikationsgerät Übertragungsinformationen (UI1, UI2) spei-
chern, die angeben, welche Teilnehmerdaten von dem jeweili-
gen anderen Telekommunikationsgerät übertragen worden sind.
- 25 7. Verfahren nach Anspruch 6,
bei dem die Übertragungsinformationen (UI1, UI2) von einem
zu dem jeweiligen anderen Telekommunikationsgerät mit den
Teilnehmerdaten übertragen werden.
- 30 8. Verfahren nach Anspruch 6 oder 7,
bei dem den jeweiligen Übertragungsinformationen (UI1, UI2)
historische Daten zugewiesen werden, die die übertragenen
Teilnehmerdaten (TD1, TD2) kennzeichnen.
- 35 9. Verfahren nach Anspruch 8,
bei dem in einem jeweiligen Telekommunikationsgerät die his-
torischen Daten der dort gespeicherten Übertragungsinforma-

tionen in die zu übertragenden Geräteinformationen (GI1, GI2) des Telekommunikationsgerät aufgenommen werden.

10. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 9,
5 bei dem einem Telekommunikationsgerät zugeordneten zu übertragenden Teilnehmerdaten aktuelle historische Daten zugewiesen werden.
11. Verfahren nach Anspruch 9 in Verbindung mit Anspruch
10 10, mit folgenden Schritten:
- Vergleichen der aktuellen historischen Daten von einem Telekommunikationsgerät zugeordneten zu übertragenden Teilnehmerdaten mit historischen Daten von empfangenen
15 Geräteinformationen des jeweiligen anderen Kommunikationsgeräts;
 - Durchführen des Schritts des Übertragens (Schritt III, IV) von bestimmten Teilnehmerdaten nur in Bezug auf die
20 Teilnehmerdaten, deren aktuelle historische Daten mit den historischen Daten von von dem jeweiligen anderen Telekommunikationsgerät empfangenen Geräteinformationen nicht übereinstimmen.
- 25 12. Verfahren nach einem der Ansprüche 8 bis 11, bei dem die historischen Daten Zeitangaben oder Versionsangaben umfassen.
13. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 12,
30 bei dem das erste (MFG1) und/oder das zweite (MFG2) Telekommunikationsgerät Freigabeinformationen speichern, die angeben, welche Teilnehmerdaten zu dem jeweiligen anderen Telekommunikationsgerät übertragen werden sollen.
- 35 14. Telekommunikationsgerät (MFG2) zum Identifizieren eines Telekommunikationsteilnehmers, mit folgenden Merkmalen:

- einem ersten Speicher (SP) zum Speichern von Teilnehmerdaten (TD2);
 - einer Einrichtung (KM) zum Empfangen von ersten Geräteinformationen (GI1) eines weiteren Telekommunikationsgeräts, die angeben, welche Bestandteile von Teilnehmerdaten (TD2) das weitere Telekommunikationsgerät empfangen möchte;
 - einer Einrichtung (KM) zum Übertragen von bestimmten Teilnehmerdaten (TD2) aus dem ersten Speicher an das weitere Telekommunikationsgerät (MFG1) in Abhängigkeit der von diesem empfangenen ersten Geräteinformationen (GI1).
15. Telekommunikationsgerät (MFG2) zum Identifizieren eines Telekommunikationsteilnehmers, mit folgenden Merkmalen:
- einem zweiten Speicher (SP) zum Speichern von für das Telekommunikationsgerät spezifischen zweiten Geräteinformationen (GI2), die angeben, welche Bestandteile von Teilnehmerdaten (TD1) das Telekommunikationsgerät empfangen möchte;
 - einer Einrichtung (KM) zum Übertragen der zweiten Geräteinformationen (GI2) aus dem zweiten Speicher an das weitere Telekommunikationsgerät (MFG1);
 - einer Einrichtung (KM) zum Empfangen von Teilnehmerdaten (TD1) des weiteren Kommunikationsgeräts (MFG1) in Abhängigkeit der an dieses übertragenen zweiten Geräteinformationen (GI2).
16. Telekommunikationsgerät nach Anspruch 14 oder 15, bei dem die in dem ersten Speicher enthaltenen Teilnehmerdaten multimediale Inhalte umfassen.
17. Telekommunikationsgerät nach Anspruch 16,

bei dem die multimedialen Inhalte Text-Daten und/oder Audio-Daten und/oder Videodaten umfassen.

18. Telekommunikationsgerät nach Anspruch 17,
5 bei dem die Teilnehmerdaten als Bestandteile Titel, Name, Vorname, Firma, Funktion, E-Mail-Adresse, Sprachinformationen oder Bildinformationen eines Teilnehmers umfassen.
19. Telekommunikationsgerät nach einem der Ansprüche 14 bis
10 18, ferner mit einem dritten Speicher (SP) zum Speichern von Übertragungsinformationen (UI1), die angeben, welche Teilnehmerdaten von einem weiteren Telekommunikationsgerät übertragen worden sind.
- 15 20. Telekommunikationsgerät nach einem der Ansprüche 14 bis 19, das als ein Mobilfunkgerät ausgebildet ist.
21. Telekommunikationsgerät nach Anspruch 20,
das gemäß dem UMTS-Standard oder GSM-Standard, insbesondere
20 in Verbindung mit dem GPRS-Standard, arbeitet.

sierung zu dem Kommunikationsgerät eines bestimmten Empfängers übertragen. Derartige Identifikationsinformationen können beispielsweise Name, Firma, E-Mail-Adresse usw. in Textform, jedoch auch andere spezifische Informationen in Form von Audiodaten oder Bilddaten enthalten.

Als nachteilig bei einem derartigen Verfahren zur Rufsignalisierung, bei dem ein Anrufer dem Empfänger alle ihm zur Verfügung stehenden Identifikationsinformationen bzw. Teilnehmerdaten übermittelt, stellt sich heraus, dass der Anrufer ungeachtet der Leistungsfähigkeit des Telekommunikationsgeräts des Empfängers bei jedem Anruf bzw. bei jeder Rufsignalisierung eine große Datenmenge überträgt. Neben der Tatsache, dass eine Übertragung großer Datenmengen kostspielig für den Anrufer ist, ist es möglich, dass das Telekommunikationsgerät des Empfängers gar nicht in der Lage ist, die gesamten übermittelten Anruferdaten zu verarbeiten. Weist das Telekommunikationsgerät des Empfängers beispielsweise keine oder keine geeignete Anzeigeeinrichtung auf, so ist es nicht in der Lage, vom Anrufer übertragene Bilddateien anzuzeigen, was die Übertragung von Bilddaten bei einem derartigen Empfänger unangemessen bzw. überflüssig macht.

Die Dokumente WO 99/45687 und "ANONYMOUS: 'H.245: Control Protocol for multimedia communication' ITU-T RECOMMENDATION H.245, XX, XX, Mai 1999 (1999-05), XP002199601" offenbaren, vor dem Aufbau einer Kommunikationsverbindung, z.B. in Form einer Sprach- oder Videoverbindung zwischen zwei Endgeräten die Eigenschaften oder Fähigkeiten der Endgeräte auszutauschen, um sicherzustellen, dass die vom jeweiligen anderen Endgerät gesendeten Signale korrekt empfangen werden.

Es ist nun die Aufgabe der vorliegenden Erfindung, eine Möglichkeit zu schaffen, die eine Teilnehmeridentifikation von an einer Telekommunikationsverbindung beteiligten Teilnehmern bei einem minimierten Datenfluss ermöglicht.

→ 2a

Diese Aufgabe wird durch ein Verfahren gemäß Anspruch 1 oder 2 sowie durch ein Telekommunikationsgerät gemäß Anspruch 14 oder 15 gelöst. Vorteilhafte Ausgestaltungen sind Gegenstand der Unteransprüche.

5

Dabei umfasst ein Verfahren zum Identifizieren eines Telekommunikationsteilnehmers gemäß einem ersten Aspekt folgende Schritte. Zunächst wird von einem zweiten Telekommunikationsgerät eines zweiten Telekommunikationsteilnehmers (dem